

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Gemeinderats der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 26. Februar 2015**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Bernnat, Böhringer, Claassen, Cyperrek, Denzer, Di Prima, Glattacker, Gula, Heuer, Höfler, Kiefer, Krämer, Krauel, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Martin, Perinelli, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach, Salinas de Huber, Simon, Vogel, Dr. Vogelpohl, Wernthaler, Wiesiollek
Entschuldigt:	Berg, Escher, Herzog, Jaenisch, Schlecht
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger Fachbereichsleiterin Dr. Held Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Fachbereichsleiterin Staub-Abt Geschäftsführerin Ziegler-Jung Komm. Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Frick Fachbereichsleiter Schwenger Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald Herr Fessler Herr Parlow
Urkundspersonen:	Stadträtin Kurfeß und Stadtrat Perinelli
Schriftführung:	Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	19.05 Uhr

## **TOP 1**

### **Vorstellung**

- **Klimaschutzlogo/Kommunikationskonzept**
- **Klimaschutzbroschüre**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderats, die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreter der Presse. Er erläutert, dass die Stadt Lörrach eine nicht unerhebliche Arbeit für den Klima- und Umweltschutz leiste. Die Ergebnisse der Arbeit müssten über eine einheitliche Kommunikationsstrategie in die Stadt hineingetragen werden. Auch die Schaffung eines Klimarundwegs sei Bestandteil einer solchen Strategie. Man müsse Gutes tun und darüber sprechen.

Herr Fessler erläutert sodann anhand einer Präsentation das neue Kommunikationskonzept der Stadt Lörrach im Bereich Klima- und Umweltschutz (Anlage 1).

Der Vorsitzende bittet die Fraktionen um ihre Stellungnahmen.

Stadtrat Bernnat findet das neue Klimaschutzlogo gut und bedankt sich für die Erarbeitung des Klimaschutzkonzepts.

Stadtrat Claassen hält eine gute PR für sehr wichtig und bewertet das Vorgehen der Verwaltung in der Sache für gut.

Der Vorsitzende gibt an, dass eine gute PR zwar wichtig sei, es aber in erster Linie um die gute Sache gehe. Man wolle die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zum mitmachen animieren. Er dankt den Fachbereichen Medien und Kommunikation sowie Umwelt und Klimaschutz für die geleistete Arbeit.

## **TOP 2**

### **Einrichtung eines Klimarundweges in der Innenstadt mit Infoterminal als Start- und Zielpunkt**

**Vorlage: 215/2014, Ergänzung vom 10. Februar 2015**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein und führt aus, dass der Klimarundweg als Dreingabe geschaffen werden könne. Der Rundweg sei eine gute Sache, er trage zu einer guten Kommunikation der Ergebnisse der Arbeit der Stadt im Bereich Klimaschutz bei.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt gibt an, dass die Stadt in ihrer Vorbildrolle im Bereich Klimaschutz die Inhalte und Ergebnisse ihrer Arbeit auch wirksam in die Öffentlichkeit transportieren müsse. Hierzu biete die Einrichtung eines Klimarundwegs vielfältige Möglichkeiten. Es sei eine steigende Nachfrage nach Fachführungen in der Stadt zu

erkennen. Man könne bei dem Projekt eng verzahnt mit dem Fachbereich Kultur und Tourismus zusammenarbeiten. Auch die Innovation Academy aus Freiburg habe Interesse daran bekundet, in Lörrach Führungen anzubieten. Die Tourist-Information wolle zudem ohnehin ein Gästeinformations-Terminal einrichten. Dies werde im Rahmen der Zertifizierung durch den Deutschen Tourismusverband notwendig. Weil das Projekt so innovativ sei, werde es auch höchstwahrscheinlich mit knapp 50 Prozent vom Innovationsfonds der Badenova AG gefördert. Wenn die Stadt die Förderung erhält, betrage die Eigenbeteiligung rund 48.500,00 Euro bei einer Fördersumme von 40.500,00 Euro. Wenn die Stadt die Förderung durch den Innovationsfonds nicht zugesagt bekomme, betrage die Summe der Aufwendungen rund 44.000,00 Euro. Das Terminal werde mit rund 20.000,00 Euro veranschlagt, die Anschaffung von Smartphones mit 15.000,00 Euro und die Bau- und Planungskosten fürs Terminal mit rund 9.000,00 Euro, nicht eingerechnet die Ausgaben für Schulungszwecke. So ergebe sich eine Gesamtinvestition in Höhe von 47.000,00 Euro. Man könne den Klimarundweg also, für einen geringen Mehrbetrag, als Add-On dazu erhalten.

Stadtrat Glattacker führt aus, dass die CDU-Fraktion sich der Zahlen bewusst sei. Trotzdem wolle die Fraktion der Vorlage nicht zustimmen. Selbst bei einer Förderung durch den Innovationsfonds seien die Kosten für die Stadt immer noch zu hoch. Der Kommunalbeirat der Badenova AG habe der Förderung noch nicht zugestimmt. Die Förderung sei also noch nicht gesichert. Eine Anlage des Geldes in Bereiche wie Jugend- oder Seniorenarbeit oder die Neugestaltung des Rosenfelsparks halte er für deutlich sinnvoller. Die Stadt müsse Prioritäten setzen. Auch die Folgekosten für den Unterhalt des Klimarundwegs müssten berücksichtigt werden. Eine fortwährende Kostenneutralität des Projekts sei nicht gegeben. Die Anschaffung von Smartphones werde ebenso für nicht notwendig gehalten, da nahezu jeder bereits über ein Smartphone verfüge. Eine gute Idee sei lediglich die Schaffung einer App, die zu Informationszwecken kostenlos heruntergeladen werden könne. Ebenso gut könne man Informationsmaterialien erstellen, die für Schulen beziehungsweise zum Download von der städtischen Homepage angeboten werden. Dringenden Handlungsbedarf sehe man nach wie vor bei der Holzhackschnitzelanlage beim Hallenbad in Stetten und bei der Vermarktung des Angebots Velostation. Ein Vergleich Lörrachs mit der Stadt Freiburg, die beispielsweise mit dem Stadtteil Vauban ein international beachtetes Modellquartier errichtet habe, dürfe nicht angestellt werden.

Stadträtin Cyperrek bewertet die Vorlage ebenfalls sehr skeptisch. Sie vergleicht die Vorlage mit einem Angebot beim Schlussverkauf. Der Klimarundweg sei nicht wirklich notwendig, überzeuge nicht eindeutig, aber trotzdem wolle man ihn haben, weil er gerade günstig sei. Dabei könne man das Geld anderweitig gut gebrauchen. Das Konzept halte sie für sehr unausgegoren, da die Stationen für den Rundweg sehr beliebig ausgewählt worden seien. Die Aufwendungen für das Projekt seien eindeutig zu hoch. Die Prioritäten der Stadt seien jedenfalls anders gelagert. Ein Prestige-Projekt brauche man nicht. Das Geld könne man auch in konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz investieren. Wesentlich zum Klimaschutz beitragen könne auch die Einführung eines Kurzstreckentarifs. Weitere wichtige Punkte mit wesentlichem Inhalt seien die

Einrichtung eines Stadtbusnetzes, die Sanierung des Rathauses sowie die Gebäudesanierungsoffensive.

Stadtrat Pichlhöfer schließt sich seinen Vorrednern an. Das Projekt sei in dieser Form zu aufwendig. Hier könne man einfachere Lösungen und Strategien verfolgen. Die Fraktion der Freien Wähler wolle der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Perinelli gibt an, dass ein Angebot an Flyern mit Kennzeichnung der Stationen des Klimarundwegs völlig ausreichend sei.

Stadträtin Salach bewertet die Idee der Schaffung eines Klimarundwegs als sehr positiv. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage einstimmig zustimmen. Es gehe bei dem Projekt um eine positive Darstellung der Stadt auf dem Weg zu einer klimaneutralen Kommune. Ein Klimarundweg spreche viele verschiedene Gruppen, versiertere und weniger versierte Bürgerinnen und Bürger an. Nur wer wisse, dass Gutes getan werde, könne auch darüber sprechen. Flyer würden indes nur unbeachtet rumliegen. Ein Rundweg hingegen sei innovativ. Ein Terminal werde ohnehin benötigt. Die Kosten für das Projekt erachte die Fraktion der Grünen für gering. Das Projekt müsse durchgeführt werden.

Bürgermeister Dr. Wilke betont, dass von Seiten des Gemeinderats oft Forderungen nach einer angemessenen Öffentlichkeitsarbeit und einer Einbeziehung der Öffentlichkeit im Rahmen des Klimaschutzes laut geworden seien. Klimaschutz und Energieeffizienz könne man eben nicht ohne weiteres sichtbar machen. Man benötige alternative Wege der Öffentlichkeitsarbeit. Auch Apps gebe es nicht zum Nulltarif. Die Ausgabe von Smartphones sei in internationalen Museen Gang und Gäbe. Die Zusicherung der Fördermittel sei nahezu sicher. Er selbst sei Mitglied im Kommunalbeirat der Badenova AG und Oberbürgermeister Lutz sei Mitglied im Aufsichtsrat. Auf der Fachebene sei das Projekt für gut befunden worden. Es sei klar, dass bei dem Projekt mit Folgekosten zu rechnen sei. Bei der Hackschnitzelanlage am Hallenbad werden indes alle maßgeblichen Grenzwerte eingehalten. Es könne durchaus vorkommen je nach Witterungslage, dass es gelegentlich nach verbranntem Holz riecht, jedoch deute dies nicht auf eine Überschreitung der Grenzwerte hin. Es gehe keine Gesundheitsgefährdung von der Hackschnitzelanlage aus.

Fachbereichsleiter Frick erläutert sodann die Notwendigkeit des Projekts aus Sicht des Fachbereichs Kultur und Tourismus. Ein Informationsterminal werde durch die bevorstehende Gold-Zertifizierung durch den Deutschen Tourismusverband ohnehin notwendig. Somit sei definitiv von Aufwendungen in Höhe von 28.000,00 Euro auszugehen. Auch Smartphones werde man sich sicherlich mittelfristig zulegen. Durch die Schaffung eines Klimarundwegs ergebe sich sicherlich auch ein Mehrwert.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, lehnt der Gemeinderat mehrheitlich, bei 7 Ja-Stimmen, die Aufstellung eines Infoterminals für touristische Inhalte und Klimarundweg und Einrichtung eines Klimarundweges ab.

### **TOP 3**

#### **Gebäudesanierungsoffensive für Mehrfamilienhäuser ab sechs Wohneinheiten**

**Vorlage: 005/2015, Ergänzung vom 17. Februar 2015**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein und gibt an, dass man versuchen wolle, die großen Energieverbraucher in der Stadt zu mobilisieren.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt erläutert anhand von Folien die Historie des Projekts Gebäudesanierungsoffensive (Anlage 2).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag und gibt das Wort an die Fraktionen.

Stadtrat Lusche wolle wissen, wie sich das kommunale Sanierungsplanprogramm der Stadt von dem Programm unterscheide, dass die Landesregierung im Rahmen einer Gesetzesnovelle anbiete. Er fragt, ob hier künftig Doppelstrukturen entstehen.

Herr Parlow führt aus, dass dieser Sachverhalt natürlich zu beachten sei. Man orientiere sich zwar am Programm der Landesregierung, dennoch seien Doppelstrukturen nicht zu erwarten, da ergänzend aufgebaut werden soll. Ebenso orientiere man sich an Vorgaben des Bundesministeriums für Umwelt, Bau, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMUB) sowie des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA).

Stadtrat Heuer befindet die Vorlage für positiv. Jedoch hält er den Förderzeitraum bis zum Jahr 2016 für relativ kurz. Er habe Bedenken, ob die Zeit ausreichend sei, da in diesem Jahr bereits viele Eigentümerversammlungen stattgefunden haben. Er weist zudem auf verschiedene Aspekte der Kreditvergabe an Wohneigentumsgemeinschaften und dafür notwendige Bürgschaften hin. Die CDU-Fraktion wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Simon gibt an, dass das Hauptaugenmerk auf städtischen Gebäuden liege. Ansonsten sei die Vorlage ein weiterer wichtiger Baustein auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune 2050. Die SPD-Fraktion wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Claassen ist der Auffassung, dass man mit den Wohneigentumsgemeinschaften eine gute Zielgruppe versuche anzusprechen. Es gebe großen Sanierungsbedarf bei vielen kleineren Wohneigentumsgemeinschaften. Auch mit der Kreishandwerkerschaft und den Innungsobermeistern der verschiedenen Gewerke müsse die Verwaltung in Dialog treten. Die Fraktion der Freien Wähler wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Wernthaler gibt an, dass man, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, den Wärmeverbrauch der Privathaushalte auf ein Drittel des heutigen Verbrauchs reduzieren müsse. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage so zustimmen.

Es sei schwierig, in dem Förderungsdschungel den Überblick zu behalten, deshalb sei Beratung sehr wichtig. Private Wohneigentümer müsse man mitnehmen.

Der Vorsitzende gibt an, eine Verlängerung der Förderung beim Land beantragen zu wollen.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt wolle sich ebenfalls um eine Verlängerung des Förderungszeitraums bemühen. Das Thema Bürgschaften sei ihr bekannt. Man werde diesbezüglich auch weitere Gespräche mit den Banken führen. Auch mit den Handwerkerschaften wolle die Stadt das Gespräch suchen. Es habe auch schon ein Wohneigentümerforum gegeben.

Stadtrat Pichlhöfer wolle wissen, wer die Energieagentur am Marktplatz betreue.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt gibt an, dass die Stadt Gesellschafterin der Energieagentur sei.

Bürgerin Frau Engler fragt, ob die Vorschläge der Verwaltung verbindlich seien. Finanziell seien Wohneigentumsgemeinschaften großen Schwankungen ausgesetzt.

Der Vorsitzende erklärt, dass dies Projekt ein Angebot ist und rechtlich nicht verbindend gemacht werden kann.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der geplanten Durchführung des Projektes der Gebäudesanierungsoffensive in Lörrach wird zugestimmt. Mittel stehen im Haushalt unter (Kostenstelle 5610 07 00 0000, Sachkonto 2800 60 0714) bereit.

#### **TOP 4**

#### **Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Adlergäßchen / Bahnhofstraße"**

#### **- Beschluss Offenlage**

#### **Vorlage: 221/2014**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen erfolgt entsprechend dem Bericht zur frühzeitigen Beteiligung.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Offenlage nach § 3 (2) BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB durchzuführen.

## **TOP 5**

### **Freihandelsabkommen TTIP und CETA**

#### **(Antrag der SPD-Fraktion)**

#### **Vorlage: 013/2015**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein und erklärt, dass man zwar von Lörrach aus die Welt nicht ändern könne, jedoch durch die geplanten Freihandelsabkommen die Belange der Kommunen betroffen seien und man hiergegen ein Zeichen setzen wolle. Man wolle sich deshalb den Positionen der kommunalen Spitzenverbände anschließen.

Stadtrat Dr. Vogelpohl gibt an, dass in den Parteien auf Bundesebene unterschiedliche Meinungen zu der Thematik herrschen würden. Zwar wolle man im Gemeinderat keine politischen Grundsatzdebatten führen, dennoch schließe man sich aus Gründen der Solidarität den Positionen der kommunalen Spitzenverbände an. Die CDU-Fraktion wolle der Vorlage deshalb zustimmen.

Stadträtin Cyperrek erklärt, dass es hier nicht nur um Bundes- und Europapolitik gehe, sondern dass der Gemeinderat ein Zeichen gegen Eingriffe in die kommunale Selbstbestimmung setzen müsse. Sie sehe die sozialen wie auch ökologischen Standards der Kommunen in Gefahr. Zu viele Privatisierungen seien im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge problematisch. Entsprechende Beispiele kenne man aus Großbritannien und aus Spanien. Die SPD-Fraktion begrüße die Positionen der kommunalen Spitzenverbände. Man müsse sich entschieden gegen die Abkommen wehren. Zwar befinde sich die Bundes-SPD noch in der Entscheidungsfindung, jedoch habe sich der SPD-Kreisverband Lörrach bereits seit längerem klar gegen die Freihandelsabkommen positioniert.

Stadtrat Claassen gibt an, dass die Fraktion der Freien Wähler der Vorlage nicht zustimmen wolle, da das Thema nicht im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats liege und deshalb auch nicht im Gemeinderat beraten werden solle.

Stadtrat Wernthaler führt aus, dass die Stadt Lörrach nicht die erste Kommune sei, die sich gegen das Abkommen wehrt. Bei genauerer Beschäftigung mit den Inhalten des Abkommens könne es einem mulmig werden. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage zustimmen. Die skeptisch-ablehnende Haltung müsse unbedingt weitergetragen werden. Er verstehe nicht, warum Städte und Gemeinden nicht generell in die Entscheidungen eingebunden werden.

Der Vorsitzende gibt an, dass nicht alles an den Freihandelsabkommen schlecht sei. Jedoch seien die Abkommen sehr intransparent ausgehandelt worden.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt fasst der Gemeinderat mehrheitlich, bei 6 Nein-Stimmen, den folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach schließt sich dem gemeinsamen Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände und dem Verband kommunaler Unternehmen vom Oktober 2014 zu Internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen an.
2. Die Gemeindevertreter werden beauftragt, sich im Deutschen Städtetag, im Städtetag Baden-Württemberg sowie in anderen Spitzengremien entsprechend des Positionspapiers zu äußern und sich in allen zur Verfügung stehenden Gremien für einen wirksamen Schutz und eine Förderung der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Beschaffung im Sinne einer kommunalen Selbstverwaltung einzusetzen.

## **TOP 6**

### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

keine

## **TOP 7**

### **Allgemeine Anfragen**

#### **Werkrealschule Albert Schweitzer-Schule**

Stadträtin Roßkopf wolle wissen, was es mit dem Bericht in der Badischen Zeitung auf sich habe, in dem berichtet werde, dass die Schüler der Albert-Schweitzer-Schule diese zum nächsten Schuljahr hin verlassen müssen.

Der Vorsitzende gibt an, dass man das Gespräch mit der Schule und dem Schulamt suche. Die aktuellen Vorgänge stellen keine gute Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit dar. Die Verwaltung wolle das Gespräch mit allen Beteiligten suchen. Der Raumbedarf an der Schule sei erheblich. Das Vorgehen des Schulamtes könne indes nicht nachvollzogen werden.

Stadträtin Kurfeß gibt an, dass der Gemeinderat über solche Vorgänge informiert hätte werden müssen. Das Schulamt hätte nicht einfach über den Schulträger hinweg, ohne Einbeziehung der Gremien, entscheiden dürfen. Man müsse sich vehement gegen ein solches Vorgehen wehren. Der Schulträger sei nicht nur zum zahlen da.

Stadtrat Claassen wolle wissen, wie viel Wahrheitsgehalt in der Aussage der Badischen Zeitung enthalten sei, dass die Stadt Lörrach an den Vorgängen beteiligt gewesen sei.

Stadtrat Lusche wolle wissen, wie man nun vorgehe und wie die Abstimmung mit dem Schulamt im Folgenden verlaufen werde. Der Gemeinderat wolle jedenfalls bei den weiteren Entwicklungen hinsichtlich der Schullandschaft in Lörrach mitentscheiden und mitdiskutieren.

Der Vorsitzende gibt an, dass man die Verhältnisse klären und den Gemeinderat darüber informieren werde.

## **TOP 8**

### **Fragestunde der Bürger**

#### **Landschaftsschutz in Lörrach**

Der Bürger Herr Gussmann bringt ein Anliegen hinsichtlich des Landschaftsschutzes in Lörrach vor. Er schildert den Verlauf einer Rechtsauseinandersetzung zwischen ihm und der Stadt Lörrach hinsichtlich eines Gartengrundstücks. Es sei ihm wichtig, dass der Gemeinderat über sein Anliegen informiert werde.

## **TOP 9**

### **Offenlegungen**

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 9.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 28. Januar 2015
- 9.2 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 29. Januar 2015
- 9.3 Information des Fachbereichs Stadtplanung und Baurecht vom 15. Januar 2015 zum Wettbewerb Vorplatz Kreiskrankenhaus
- 9.4 Annahme bzw. Vermittlung von Kleinspenden Januar/Februar 2015

## **Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:  
gez. Lutz

Urkundspersonen:  
gez. Kurfeß / Perinelli

Schriftführung:  
gez. Ockenfuß